

Amtsblatt

für den

Landkreis Hannover

H 20151 B

JAHRGANG 1991

HANNOVER, DEN 17. OKTOBER 1991

NR. 42

INHALT	SEITE
A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES HANNOVER	
4. Satzung zur Änderung der Satzung für die Kreisvolkshochschule	447
B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN	
1. Gemeinde I s e r n h a g e n	
1. Nachtragshaushaltssatzung 1991	448
2. Stadt L a a t z e n	
Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Hildesheimer Straße/Kronsbergstraße“, OS Laatzen – Schlußbekanntmachung gemäß § 12 BauGB (Baugesetzbuch) / Durchführung eines Anzeigeverfahrens	449
3. Stadt L a n g e n h a g e n	
OT Godshorn Bebauungsplan Nr. 404, 2. Änderung „Sanddornstraße“	449
Alt Langenhagen Bebauungsplan Nr. 25 a, 3. Änderung „Luheweg“	450
OT Kaltenweide Bebauungsplan Nr. 515 „Ortsmitte Kaltenweide/Zellerie“	450
4. Stadt P a t t e n s e n	
Bauleitplanung der Stadt Pattensen Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 402 A „Auf dem Gutshof“	
Bauleitplanung der Stadt Pattensen Inkrafttreten der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes	452
5. Gemeinde U e t z e	
Bebauungsplan Nr. 27 „Eigensheide“, 4. vereinfachte Änderung, Ortschaft Uetze	453

Der Rat der Stadt Langenhagen hat in seiner Sitzung am 13. 05. 1991 gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) den Bebauungsplan Nr. 515 „Ortsmitte Kaltenweide/Zellerie“ als Satzung beschlossen. Die Begrenzung des Verfahrensgebietes ergibt sich aus dem abgebildeten Planausschnitt. Gemäß Verfügung des Landkreises Hannover vom 13. 09. 1991, Az.: 606172-9/3-515, wurden Verletzungen von Rechtsvorschriften (§ 11 Abs. 3 BauGB) nicht festgestellt. Gemäß § 12 BauGB wird der o. g. Bebauungsplan mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Der Bebauungsplan liegt mit Begründung vom Tage der Bekanntmachung an in der Bauverwaltung der Stadt Langenhagen, Marktplatz 1, 3012 Langenhagen, aus und kann während der Dienststunden eingesehen werden.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches vom 08. 12. 1986 (BGBl. I S. 2253) über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteile sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Baugesetzbuches beim Zustandekommen des o. g. Bebauungsplanes ist gemäß § 215 Abs. 1 Nummer 1 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung geltend gemacht worden sind. Mängel der Abwägung sind unbeachtlich, wenn sie nicht gemäß § 215 Abs. 1 Nummer 2 BauGB innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung der Satzung geltend gemacht worden sind. Die Verletzungen sind gegenüber der Stadt Langenhagen geltend zu machen. Der Sachverhalt, der die Verletzungen oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Veröffentlichung der Satzung verletzt worden sind.

Langenhagen, den 17. 10. 1991

STADT LANGENHAGEN
Dr. Rosenzweig
Stadtdirektor

4. Stadt Pattensen

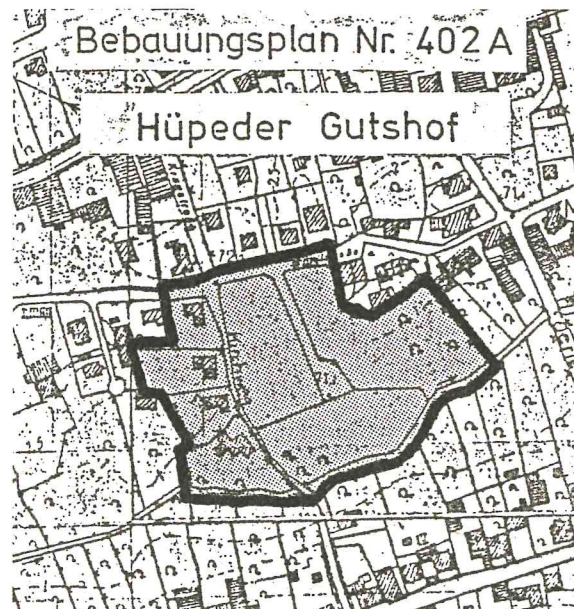
**Bauleitplanung der Stadt Pattensen
Inkrafttreten des Bebauungsplanes Nr. 402 A
„Auf dem Gutshof“**

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 02. 05. 1991 den Bebauungsplan Nr. 402 A „Auf dem Gutshof“ als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen.

Für den Bebauungsplan wurde eine Verletzung von Rechtsvorschriften gem. § 11 Abs. 3 Baugesetzbuch nicht geltend gemacht.

Die Grenzen des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes sind in dem nachstehenden Planausschnitt

durch eine schwarze Linie kenntlich gemacht worden.



Vervielfältigungserlaubnis erteilt am 25. 2. 1980 durch das Katasteramt Hannover AZ.: AI 82/80

Die genauen Grenzen des Bebauungsplangebietes gehen verbindlich aus den Eintragungen im Bebauungsplan hervor.

Der Bebauungsplan liegt einschließlich der dazugehörigen Begründung im Stadtplanungsamt, Verwaltungsgebäude Marienstr. 2, Zimmer 206, öffentlich aus und kann während der Sprechzeiten (montags bis freitags von 9–11.30 Uhr und donnerstags von 16–18.00 Uhr) eingesehen werden.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eingetretenen Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- u. Formvorschriften dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von 7 Jahren seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen (§ 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB).

Pattensen, den 02. Oktober 1991

STADT PATTENSEN
Der Stadtdirektor
Storz